

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. jährlich. Abonnementpreise für den Ausland: 12 RM. jährlich. Einzelnummern 10 Pf. (Postzusatz 10 Pf.).

Bezugspreis: Die 8 gespaltene Kompositio 20 Rsp., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rsp., die 2 gespaltene Zeile 20 Rsp., die 1 gespaltene Zeile 10 Rsp. Anzeigenpreis: 20 Rsp. pro Spalte. Anzeigenpreis: 20 Rsp. pro Spalte. Anzeigenpreis: 20 Rsp. pro Spalte.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 118. — 87. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 22. Mai 1928

Die kommende Regierung.

Das deutsche Volk hat gesprochen und es hat den Anschein, daß dabei die Wahlbeteiligung eine recht große gewesen ist, jedenfalls sehr viel größer, als die Versammlungen aller Parteien darauf schließen lassen. Das Ergebnis ist ein deutlicher Kurs nach links; die Sozialdemokratie hat eine ganze Reihe von Mandaten erobert und rückt als weitaus stärkste Partei in den neuen Reichstag ein.

Vorläufig läßt es sich allerdings noch nicht übersehen, welche Parteikombination Träger der künftigen Regierungsmehrheit sein wird, doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß ebenso wie in Preußen die sogenannte „Weimarer Koalition“, also das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten, eine Mehrheit im kommenden Reichstag bilden und damit die Trägerin der Regierung sein wird. Ob auch andere Parteien wie die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei hierfür herangezogen werden, steht vorläufig noch aus, doch ist damit zu rechnen, daß die Partei Stresemanns, der wohl von allen Seiten auch künftig als Außenminister gewünscht wird, der kommenden Koalitionspartei zum mindesten eine wohlwollende Neutralität bewahren wird, wenn nicht die Große Koalition von Volkspartei bis Sozialdemokraten dem neuen Reichstag und damit der Regierung ihr Gepräge geben wird. Auf der anderen Seite wird die Opposition der Deutschnationalen und der Bäckischen stehen, die auf der Linken noch durch die nicht unbeträchtlich angewachsene kommunistische Partei gefährdet sein, aber doch kaum die notwendige Kraft aufbringen wird, der Großen Koalition oder einem Zusammengehen der „Weimarer“ Partei erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Das gleiche gilt für Preußen. Durch die dort gleichzeitig mit den Reichstagswahlen erfolgenden Landtagswahlen hat die bisher in Preußen regierende Mehrheit eine Stärkung erfahren, die jetzt jedem Angriff der vereinzelten Opposition besser standhalten wird, als das früher geschehen konnte. Natürlich wird dies auch auf das Reich abstrahlen und dort zu Rückwirkungen führen, die zweifellos zu einer ähnlichen Zusammenfassung der Regierung Veranlassung geben werden. Infolgedessen dürfte die jetzt bestehende Reichsregierung sehr bald ihren Rücktritt erklären, um den Verhandlungen der Parteien freien Raum zu geben. Selbstverständlich spielen bei der Zusammenfassung der künftigen Regierung persönliche Gründe eine große Rolle und es fragt sich infolgedessen, ob der jetzige Reichskanzler Marx, der sich bei der Linken recht unbeliebt gemacht hat, auch künftighin in seinem Amte bleiben wird. Vielleicht muß er infolgedessen den Sessel des Reichskanzlers einer Persönlichkeit räumen, die weiter links eingestuft ist; es gibt dort eine ganze Reihe von Männern, die ihn zu ersetzen sehr gern bereit wären.

Angesichts des Wahlerfolges der Linken dürfte der Reichspräsident nach Rücktritt der bisherigen Regierung an die stärkste Partei des neuen Reichstages, also an die Sozialdemokraten, wegen der Wirkung des neuen Kabinetts herantreten. Ihr Fraktionsvorsitzender Hermann Müller (Franken) ist bereits einmal Reichskanzler gewesen und es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß er dieses Amt von neuem übernehmen wird. Trotz des Sieges der Sozialdemokratie erscheint es aber ausgeschlossen, daß etwa eine noch weiter nach links orientierte Regierung, also mit den Kommunisten zusammen, gebildet werden dürfte. Eine reine Linkenregierung hat keine Mehrheit im Reichstag und infolgedessen dürften die Führer der Sozialdemokraten ihre Fühler nach rechts hin, also nach der Demokratie und dem Zentrum hin, ausstrecken.

So ist das Resultat des 20. Mai eine deutliche Entwicklung nach links. Die bisherige Opposition hat, wenigstens in ihrer stärksten Partei, der Sozialdemokratie, die die Mittelparteien aber haben nicht die Erfolge erzielt, die sie gewünscht haben, vielmehr haben sich die schwächeren Betoner der rechten und der linken Richtung überraschend gut gehalten. Den Wahlsatz selbst wird man leicht zu den Akten legen; das nächste Tageslicht, die nachte Wirklichkeit, wird härter sprechen als Versammlungsredner und Wahlausprecher.

Regierungswechsel erst später.

Reichstagszusammentritt 10.—14. Juni.
Mehrfach ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Reichsregierung vielleicht schon Dienstag zurücktreten könnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß zunächst das amtliche Wahlergebnis abgewartet werden muß. Die Regierung wünscht, wie verläutet, auch durch ihren Rücktritt eine Regierungskrise nicht eher herbeizuführen, als bis die Bedingungen für den unmittelbar bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages gegeben sind. Der Reichstag dürfte in den Tagen zwischen dem 10. und 14. Juni zusammentreten. Wenn die Reichsregierung lange vorher zurücktreten würde, so würde sie mit der Führung der Geschäfte beauftragt werden müssen, was gewisse Schwierigkeiten mit sich brächte.

Der Wahlausfall in Reich und Ländern

Ergebnisse des Wahlsonntags.

Starke Beteiligung der Wähler.
Der 20. Mai brachte nicht allein für das Reich, sondern auch für die Landesparlamente in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt die Renewahl der Abgeordneten, die in den nächsten Jahren ihres Amtes als Volksbeauftragte und Gesetzgeber walten sollen. Durchgehend war die Wahlaktion nicht von der Gunst des Wettergottes getrogen, in vielen Gegenden krönte unaufhörlicher Regen hernieder, dennoch oder vielleicht gerade deshalb wuchs das Interesse und die Anteilnahme der Wähler ansehnend. Ganz abschließend läßt sich das Endergebnis der Wahlen vor der amtlichen letzten Abrechnung natürlich nicht übersehen, doch ist soviel klar, daß die bisherige rechte Seite des Reichstages zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten geschwächt worden ist, daß auch die Mittelparteien verloren haben, dagegen die Wirtschaftspartei, die man wohl zur Rechten rechnen darf, erheblich gewonnen hat. Abgesehen von einigen örtlichen mehr oder weniger heftigen Zusammenstößen ist der Wahltag überall ruhig verlaufen, wozu das die Leidenschaften niederdrückende schlechte Wetter beigetragen haben mag.

Vorläufiges Ergebnis im Reiche.

Vom Reichswahlleiter wurde nach dem zunächst vorliegenden Endergebnis der Reichstagswahlen die Mandatsverteilung im Reichstag folgendermaßen angegeben:

Sozialdemokraten	152	bisher	131
Deutschnationale	73	„	111
Zentrum	62	„	69
Kommunisten	54	„	45
Deutsche Volkspartei	44	„	51
Demokraten	25	„	32
Bayer. Volkspartei	16	„	19
Wirtschaftspartei	23	„	17
National-Soz. Partei	12	„	14
Christl.-Nat. Bauernb.	13	„	—
Deutsche Bauernpartei	8	„	—
Landbund	5	„	—
Volksrechtspartei	2	„	—
Sächsisches Landvolk	2	„	—

Vorausichtlich fallen die übrigen Splittlerparteien aus, da sie in keinem Wahlkreis die genügende Stimmenanzahl erhielten. Es haben 30 592 442 Wähler abgestimmt und 489 Abgeordnete sind gewählt.

Neu- und wiedergewählte Abgeordnete.

Von den Deutschnationalen: D. v. Dryander (Wahlkreis Düsseldorf-West), Dr. Bang (Dresden-Baugen), Dr. Evertling (Meklenburg), Dr. Oberföhrn (Schleswig-Holstein), D. Mumm (Westfalen-Süd), Schlange-Schönungen (Pommern), Reichsminister Hergt (Niederrhein), Graf zu Eulenburg, Dr. Freger, Franz Behrens (alle Ostpreußen), Reichsminister Dr. Koch (Düsseldorf-Ost), Lettow-Vorbeck (Oberbayern-Schwaben), Walter Graf (Thüringen), Dr. Panemann (Waden), Reichsminister Schiele (Magdeburg), Wallraf (Ahn), Reichsminister Reußel (Frankfurt an der Oder), Staatspräsident Dr. Bazille (Württemberg), Graf Westarp (Potsdam), Dr. v. Freytag-Loringhoven (Breslau).

Deutsche Volkspartei: Dr. Kunkel (Schleswig-Holstein), Reg.-Kapitän a. D. Gintmann (Wefer-Ems), Dr. Scholz, Staatssekretär Karl Schmid, Konteradmiral a. D. Brünninghaus (Chemnitz-Zwidau), Reichsminister a. D. Dr. Veder (Hessen-Darmstadt), Staatsminister Dr. Leutheuser (Thüringen), Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius (Waden), v. Kardorf (Potsdam), Graf zu Stolberg-Berningerode (Magdeburg).

Zentrum: Staatsminister a. D. Bell (Düsseldorf-West), Staatsminister Dr. Volz (Württemberg), Prälat Karl Ullrich (Oppeln), Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Dr. Drees (Wefer-Ems), Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister a. D. Giesberts (Düsseldorf), Reichsminister Dr. Köhler (Waden), Imbusch (Westfalen-Süd).

Sozialdemokraten: Preussischer Ministerpräsident Otto Braun (Düsseldorf-West), Fleißner und Loui Sanders (Dresden-Baugen), Wilhelm Keil (Württemberg), Stellung (Oppeln), Limberg (Düsseldorf-Ost), Robert Schmidt (Westfalen-Süd), Staatspräsident U. Ulrich (Hessen-Darmstadt), Wilhelm Voß (Thüringen), Sed und Schöpstin (Waden), Hermann Müller (Franken).

Bayerische Volkspartei: Dr. Pfeleger, Dr. Bayerhöfner, Gerauer, Dr. Hortalcher, Herbert Troßmann, Schwarzer, Loibl, Emminger, alle in Bayern.

Nationalsozialisten: General Epp (an Stelle Ludendorfs in Bayern).

Der Ausgang der deutschen Wahlen befriedigt Paris.

Paris, 22. Mai. Das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen wird in Paris, und zwar nicht nur am Quai d'Orsay, sondern auch in der Umgebung von Paris mit außerordentlicher Zufriedenheit aufgenommen. Man betrachtet nunmehr jedes Hindernis gegen die Annäherungspolitik zwischen Deutschland u. Frankreich als beseitigt und die deutsche Republik endgültig gesichert. Das Ergebnis, schreibt der Temps, sei wohl noch provisorisch und werde vielleicht einzelne Abänderungen erfordern, eins aber müsse man bereits feststellen, daß das deutsche Volk sich ausgesprochen nach links gewandt und sich kategorisch für die Politik der Befriedigung des republikanischen Systems und des Friedens entschieden habe. Die Niederlage der Deutschnationalen hätte jede Erwartung übertraffen, insbesondere in jenen Gebieten, die als eine Hochburg der imperialistischen Reaktion anzusehen seien. Der Sieg der Sozialdemokraten und die Niederlage der Deutschnationalen kennzeichnen eine tiefgehende Wandlung in der öffentlichen Meinung. Die deutschen Massen hätten sich dem Sozialismus zugewandt, weil sie in ihm die sicherste Kraft erblickten, um sich der imperialistisch-militärischen Reaktion des Großen Westens in den Weg zu stellen. Der Widerstand gegen die Weimarer Verfassung und gegen die Politik von Locarno und Genf sei in den Wahlen vom 20. Mai demontiert worden, die eine Verurteilung der Regierungskoalition der gemäßigten Parteien mit der nationalen Rechten, wie sie Marx geschaffen habe, bedeutet. Über die Frage der zukünftigen Regierung zu sprechen, sei verfrüht.

Die Wahlen zum Preussischen Landtag.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis sind in den Preussischen Landtag gewählt:

	1928	1924
Sozialdemokraten	136	114
Deutschnationale Volkspartei	82	109
Preussische Zentrumspartei	69	81
Zentrumspartei Niedersachsens	3	—
Deutsche Volkspartei	40	45
Kommunistische Partei	56	44
Deutsche Demokratische Partei	21	27
Wirtschaftspartei	21	11
Nationalsozialisten	6	11
Böckisch-nationaler Block	2	—
Deutsch-Hannoveraner	5	6
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei	7	—
Volksrechtspartei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung)	2	—

Die bisherigen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, verfügen über 229 Stimmen, denen 221 Stimmen der Opposition gegenüberstehen. Die jetzige Weimarer Regierungskoalition wäre also durchaus in der Lage, weiter am Ruder zu bleiben. Sollte es im Reich zu einer Umbildung der Regierung kommen und etwa, wie vielfach angenommen wird, die sogenannte „Große Koalition“, also die Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, aus Ruder kommen, dann wäre eine Rückwirkung auf Preußen nicht ausgeschlossen, so daß auch dort die Volkspartei wieder in die Regierung eintritt, der sie auch im letzten Landtag längere Zeit angehörte.